

## **Beschluss der KDV Neukölln vom 12.3.2016**

### **Betriebsräte und Personalräte auf Veranstaltungen der SPD Neukölln einbeziehen.**

Die SPD Neukölln wird die bevorstehenden Wahlkämpfe zum Abgeordnetenhaus (2016) und zum Bundestag (2017) dazu nutzen, die Sozialdemokratie als die politische Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer öffentlich darzustellen, gezielt diese Zielgruppe ansprechen und versuchen, diese Zielgruppe auch als aktive Mitglieder zu werben.



In diesem Zusammenhang wird die SPD Neukölln auch verstärkt den Kontakt zu den Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes und den Interessenvertretungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben, den Betriebs- und Personalräten, suchen. Die SPD wird diese Zielgruppe besonders intensiv ansprechen und versuchen, sie für möglichst alle von der Neuköllner SPD zu verantwortenden Veranstaltungen einzuladen und einzubeziehen.

Der Kreisvorstand wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der AfA-Neukölln dazu bis Mai 2016 ein Handlungskonzept zu entwickeln und im Kreisvorstand zu beschließen.

Die Mitglieder der BVV-Fraktion und die Neuköllner Mitglieder des Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, ihren Teil zur Unterstützung und Umsetzung eines solchen Konzeptes beizutragen.

### **Begründung:**

Im Zusammenhang mit der Durchführung des diesjährigen Neujahrsempfangs kam es bei etlichen Mitgliedern zu Irritationen das grundsätzliche Verhältnis von Sozialdemokraten zu den gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretungen betreffend.

Um weiteren Irritationen vorzubeugen, soll Klarheit geschaffen werden: wir wollen die Arbeitnehmerschaft und ihre Interessenvertretungen bei jeder sich bietenden Gelegenheit einladen und einbeziehen, um unsere grundsätzliche Verbundenheit auch sichtbar zu demonstrieren.

Darüber hinaus müssen wir feststellen, dass wir über einen langen Zeitraum stark rückläufige Mitgliederzahlen verzeichnen und besonders aus dem Bereich der betrieblichen Arbeitnehmerschaft nur geringe Neueintritte erfolgen. Dies unterminiert auf Dauer den Status der Sozialdemokratie als die Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft. Daher soll um diese Zielgruppe besonders intensiv geworben werden.

Wer sich um die Arbeitnehmerschaft als Zielgruppe bemühen möchte, kommt um deren betriebliche Interessenvertretung nicht herum. Das wollen wir auch gar nicht, vielmehr betrachten wir Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte als unsere natürlichen Verbündeten im Kampf um eine demokratischere und gerechtere Gesellschaft. Dies muss auch durch unser Handeln nach außen gegebenenfalls auch demonstrativ sichtbar gemacht werden, denn Nähe und Verbundenheit müssen gelebt und praktisch erfahrbar sein. Die Berufung auf eine gemeinsame Historie wird auf Dauer keine stabile Grundlage für gemeinsame Arbeit und intensiven und produktiven Meinungsaustausch sein.